

**HESSISCHER LANDTAG**

03. 12. 2015

HHA

Änderungsantrag**der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307

Inhalt des Antrags: **Abbau der Mehrarbeitsstunden der hessischen Polizei
durch einmalige Sonderzahlung**

Einzelplan 03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Polizeibehörden
Buchungskreis: 2290

Produktnummer lt. Leistungsplan Alle

Bezeichnung lt. Leistungsplan Diverse

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
Beträge in 1.000 EUR			
Gesamtkosten	1.481.216,3	+10.000,0	1.491.216,3
Eigene Erlöse	24.505,7	+10.000,0	34.505,7

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Veränderung der o.g. Produkte bzw. des Leistungsplans bedingen auch entsprechende Anpassungen des Produktblätter, des Erfolgsplans (Pos. 9 und 24) und der Überleitungsrechnung.

Kameraler Haushaltsabschluss:**Beträge in EUR**

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 3	10.184.000	+10.000.000	20.184.000
HG 4	811.958.000	+10.000.000	821.958.000

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für die Umsetzung des Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Im Rahmen des „Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ist die Sicherheit und der Schutz für alle Bürger und Flüchtlinge ein zentraler Kernpunkt. Es gibt keine Toleranz für fremdenfeindliche Übergriffe oder andere Formen von politischem oder religiösem Extremismus. Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit sollen verhindert bzw. bekämpft werden.

Die Beschäftigten der Polizei tragen entscheidend dazu bei, die notwendige Sicherheit zu gewährleisten. Mit der Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Auszahlung angefallener Überstunden soll der besonderen Belastung der Polizei Rechnung getragen werden.

Bisher sind bereits 1,5 Mio. Euro im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Zur Deckung des finanziellen Mehrbedarfs sollen Ressort-Rücklagen entnommen werden.

Wiesbaden, 03.12.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)